

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 60. Sitzung**

**Mittwoch, 12. April 2018, 09:30 Uhr**

## **Rede**

des Vorsitzenden des Arbeitskreises Ländlicher Raum  
und Verbraucherschutz

Dr. Patrick Rapp MdL

## **zur Aktuellen Debatte**

**Weiß Herr Minister Hauk, dass er auch für Verbraucherschutz  
und Tierschutz zuständig ist?**

Es gilt das gesprochene Wort.

Dr. Patrick Rapp MdL:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist eigentlich schade, dass wir bei der Frage nach der Bedeutung von Tier- und Verbraucherschutz mittlerweile bei der Diskussion über einzelne Regierungsmitglieder angekommen sind.

Dies wird der Bedeutung, die diese Themen haben, nicht gerecht.

Tier- und Verbraucherschutz kann aus unserer Sicht schon gar nicht an einer handelnden Person, am Minister, hier festgemacht werden, zumal – Kollege Gall, Sie haben die Aussage von Peter Hauk angesprochen – sich Minister Hauk für diese Aussage entschuldigt hat und darüber hinaus den Sachverhalt auch klargestellt hat.

Wir als politische Akteure stecken zwar den Rahmen mit Tierschutz und Verbraucherschutz ab, aber in der Umsetzung sind alle beteiligten Akteure gefragt, insbesondere auch wir als Bürgerinnen und Bürger, als Verbraucherinnen und Verbraucher. Jeder Einzelne von uns muss dabei entscheiden, welche Maßstäbe er in Bezug auf Verbraucherthemen und in Bezug auf Tierschutzthemen für sich anlegt.

Mit der Wahl des Titels dieser Debatte zeigen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass Sie in Ihrer immer offensichtlicher werdenden Verzweiflung schon gar nicht mehr in der Lage sind, fachliche Themen in sachlicher Art und Weise anzugehen.

Aus meiner Sicht ist das mehr als bedauerlich.

Gestatten Sie mir einmal eine Bemerkung vor der Klammer: Das Thema Tierschutz war schon bei der Beratung, als es darum ging, diesen Bereich in die Landesverfassung aufzunehmen, nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der SPD. Sie sind damals hingegangen und haben einen ganzen Warenhauskatalog, einen ganzen Katalog von Themen vorgelegt, die Sie zur Bedingung für die Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung gemacht haben – die Forderung nach Schaffung und Erhaltung von Wohnraum, ein Grundrecht auf Datenschutz, das Recht auf Arbeit, das Recht auf einen Arbeitsplatz, und das Recht auf einen Ausbildungsplatz. Einige Ihrer früheren Vorschläge waren sicher sinnvoll, und diese wurden im Verlauf der Jahre in die Landesverfassung aufgenommen und wurden auch aufgegriffen. Aber bereits mit dem damaligen Verhalten haben Sie sowohl das Thema Tierschutz als auch die Frage, wie eine Landesverfassung zu gestalten ist, in ihrer Ernsthaftigkeit infrage gestellt.

Herr Präsident, ich zitiere den früheren Kollegen Rech, der damals sagte :

*Wenn man Staatszielbestimmungen als verbindliches, objektives Verfassungsrecht versteht, das zwar keine subjektiven Rechtsansprüche verleiht, also nicht einklagbar ist, das sich aber als politische Orientierungs- und Zielvorgabe an alle drei Staatsgewalten wendet und so den Staat*

*zu aktivem Handeln herausfordert, dann besteht schon die Gefahr, dass man die Verfassung mit einer Flut von Staatszielbestimmungen jeder politischen Modeerscheinung unterwirft oder sie gar zum Spielball tagespolitischer Ereignisse macht.*

Auf diese aus meiner Sicht und aus Sicht der Union, aber, wie ich denke, auch aus Sicht der Grünen absolut zutreffende Formulierung erfolgte der Zwischenruf aus den Reihen der SPD – es war der damalige Abgeordnete Bebbler :

*Ja, dann muss man den Tierschutz halt herauslassen!*

Meine Damen und Herren, das zeigt schon, welchen Stellenwert Sie dem Tierschutz schon von der Grundverankerung her gegeben haben.

Nun aber zurück zur Gegenwart. Sie haben manche Themen angesprochen – ich komme nachher noch auf einige zu sprechen –, Sie haben auch ein Stück weit versucht, hieraus eine Wolfsdebatte zu machen.

Zunächst einmal zum Thema „Runder Tisch“ – Kollegin Braun hat es ja angesprochen; es ging um einen Runden Tisch zum Thema Tiertransporte : Sie waren fünf Jahre lang am Regierungstisch. In diesen fünf Jahren, in denen Sie als Innenminister am Regierungstisch saßen und Verantwortung trugen, gab es keinen Runden Tisch, gab es keine Verpflichtung, keine Schlachttiere mehr aus Baden-Württemberg auszuführen. Und da frage ich Sie schon, wie man sich jetzt hier hinstellen kann und sich so gerieren kann, als hätte man früher schon alles besser gewusst. Sie waren nicht einmal in der Lage, zu handeln.

Was die schrecklichen Vorgänge auf dem Schlachthof in Tauberbischofsheim angeht, so haben diese gezeigt, wie wichtig und wie richtig es war, innerhalb kürzester Zeit – auch das hat Kollegin Braun sauber dargelegt – zu reagieren. Es sind Menschen aus ihrer Arbeit entlassen worden, es gab Versetzungen, und es sind enorme, umfangreiche Maßnahmen eingeleitet worden, um die Arbeit in den Schlachthöfen, und zwar nicht nur in Tauberbischofsheim, sondern in ganz Baden-Württemberg, weiter zu verbessern und zu optimieren. Das zeigt auch die heutige Pressemitteilung des Ministers, mit der der Bevölkerung sogar der gesamte Maßnahmenkatalog zur Verfügung gestellt wird.

Im Übrigen hat Ihnen der Minister in der letzten Sitzung des Ausschusses Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, nachdem drei Anträge zur Frage der Schlachthofproblematik

vorgelegen haben, angeboten, vor Eintritt in die Tagesordnung einen mündlichen Zwischenbericht zu geben. Herr Gall, Sie waren es, der gesagt hat: „Nein, wir verzichten darauf.“

Bei diesen Punkten muss ich sagen:

Zwischeninformationen abzulehnen, sich hinterher aber hinstellen und zu sagen, der Minister gebe keine Infos heraus, das halte ich schon ein Stück weit für schäbig.

Was Sie nicht einmal angesprochen haben, war die Reaktion auf die illegalen Heimtiertransporte. Sie haben sicher alle gelesen, dass vor ein paar Tagen hier im Umland ein Heimtiertransport gestoppt wurde. Da muss man zunächst einmal dem Veterinär, der Polizei und der Stadt Stuttgart für die enge Kooperation und für das gute Durchgreifen danken. Sie haben noch nicht einmal auf dem Schirm, was da alles passiert und welche staatlichen Organe am Handeln sind.

Zum einen – dies noch als Randbemerkung – ist es schon schlimm, wenn man sieht, welchen Stellenwert Tiere für manche offenbar haben. Aber es zeigt sich auch, mit welcher Möglichkeit wir als Land Baden-Württemberg, mit welcher Möglichkeit der Staat hier kontrollieren kann, und es zeigt, dass das Ganze auch Früchte trägt. Und das finde ich gut.

Aber jetzt blicken wir auch auf den Maßnahmenkatalog: Tierheimförderung – Erhöhung auf 40 %. Die Situation der Tierheime und der Tierschutzvereine haben wir im Land weiter verbessert. Wir haben auch die Beratungsleistungen, die Vorsorge – gerade auch mit Blick auf exotische Tiere – verbessert.

Beiden Regierungsfractionen ist es wichtig – da sind wir auch froh, dass aus Berlin die entsprechenden Signale kommen –, was die Fleischkennzeichnung betrifft. Beim Thema Verbraucherschutz arbeiten wir eng zusammen, und das ist auch richtig und wichtig. Ein wichtiges Anliegen ist für uns aber auch die Verbraucherinformation. Es vergeht keine Woche in der nicht der Verbraucherschutzminister oder seine Staatssekretärin entsprechende Informationen an die Bürgerinnen und Bürger weitergibt. Es ist auch ein klarer Wille beider Regierungsfractionen, dass wir die Frage der Tierversuche ernsthaft diskutieren und die Tierversuche auch reduzieren.

Es gibt darüber hinaus eine Vielzahl von Maßnahmen und Einrichtungen, die das Land Baden-Württemberg vorhält, genau in dem Bereich, den Sie angesprochen haben. Sei es der Landesbeirat für Tierschutz oder das Projekt „Q-Wohl“ – jetzt für die Stenografen: nicht die Kuh, das Tier, sondern der 17. Buchstabe im Alphabet –, der Tierschutzpreis Baden-Württemberg, aber auch die Landestierschutzbeauftragte, um nur einige zu nennen.

Das Aufgabenspektrum – auch das ist uns klar – der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen. Wir haben im Doppelhaushalt nicht überbordend, aber damit begonnen, die Personaldecke aufzubauen und für zusätzliche Stellen gestärkt. Wir sehen das als Zukunftsaufgabe an und werden uns in den nächsten Haushalten, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür auch einsetzen.

Kollege Gall, was Sie auch nicht auf dem Fokus hatten: Das Agrarinvestitionsförderprogramm, was sowohl dem Tierschutz als auch dem Verbraucherschutz – da haben Sie jetzt Glyphosat angesprochen – dient. Unser Ziel ist es, durch einen Mix an Maßnahmen nicht nur zu sagen: „Glyphosat von heute auf morgen weg.“ Dann frage ich mich nämlich: „Was kommt aus der Schublade als nächstes raus?“, sondern sich die Frage zu stellen: „Wie können wir sinnvoll so reduzieren und wie können wir sinnvoll

Dann noch zwei Bemerkungen. Wenn Sie sich die letzten 20 Jahre angucken, müssen Sie sich die Frage stellen, ob es nicht doch tatsächlich schon die eine oder andere Verbesserung gegeben hat. Zum Thema überhaupt: Ich habe nur gehört, dass Sie angeprangert haben. Wo ist denn Ihr Beitrag zu einer gesellschaftlichen Diskussion, die durchaus ein Dilemma darstellt? Denn auf der einen Seite sehen Sie den Trend nach Regionalisierung, nach immer mehr Wunsch, den Erzeuger auch persönlich zu kennen, zu wissen, wo die Agrarprodukte herkommen, auf der anderen Seite haben Sie vorher die Stilllegung von Waldflächen, von Landnutzung angemahnt. Wenn wir den zweiten Trend nehmen und sagen: „Ja, gut, dann legen wir halt alle Flächen still“, dann frage ich Sie, Herr Gall:

„Wo ist Ihr Beitrag?“, „Wo ist Ihre Antwort auf die Frage: Wo genau ist dann noch regional, wenn Sie alles unter Schutz gestellt haben?“ Ich glaube, da müssen Sie vertiefte Gedanken bringen, und nicht einfach nur diese Frage stellen.

Meine Damen und Herren, mit großer Überzeugung kann ich in diesem Fall sagen: Die von Ihnen eingangs gestellte Frage kann man mit „Ja“ beantworten, auch wenn Sie es nicht hören wollen. Aber wir können uns als Gesellschaft – selbst Sie, als SPD – nicht zurückziehen und sagen: Wir brauchen jetzt mehr Kontrollinstanzen und alles muss der Staat machen, sondern das eigene, verantwortliche Handeln, die Nutzung von Schutz und Informationsmöglichkeiten als mündiger Verbraucher ist genauso wichtig. Daher betone ich, sind wir alle in der Pflicht.

Vielen herzlichen Dank.